

## Die nationalen Wahlen vom Oktober 2015 und das Denknetz

15.12.15 / Kerngruppe, BR

Die Kerngruppe des Denknetz hat sich mit den Konsequenzen des Wahlergebnisses vom 18. Oktober auseinandergesetzt: Welche Bedeutung hat dieser Wahlausgang für die Linke und für die Arbeit des Denknetz?

Bei den Nationalratswahlen vom 18.10.15 haben die FdP (plus 4 Sitze) und vor allem die SVP (plus 11 Sitze) deutlich zugelegt und kommen zusammen mit rechten Kleinparteien auf eine (knappe) Mehrheit. Diese Mehrheit setzt sich nach der Wahl von Guy Parmelin nun auch im Bundesrat fort. Im Ständerat sind die Verschiebungen geringer. Zwischen Ständerat und Nationalrat könnten sich in wichtigen Fragen Pattsituationen ergeben, und vielleicht wird deshalb in den nächsten vier Jahren den ausserparlamentarischen Mitteln mehr Gewicht zukommen: Referenden, Medienkampagnen, Aufbau von ausserparlamentarischem Druck, Initiativen, Bewegungen und Mobilisierungen.

Die Grünen – und damit auch die gesamte Linke – sind bei den Wahlen erheblich geschwächt worden. Im Gegensatz zu 2011 sind die Wahlen nicht durch einen Fukushima-Effekt beeinflusst worden. Die grünen Stimmen gingen verloren und nicht zu andern linken Parteien. Eine wesentliche Rolle dürfte dabei die Entwicklung in Europa gespielt haben. Das Fehlen einer auf europäischer Ebene artikulierten Linken, die (zumindest in der Aussenwahrnehmung) konturlose, weitgehend am neoliberalen Mainstream orientierte Politik der Regierungen Renzi und Hollande und die Niederlage der Syriza-Regierung in der Auseinandersetzung mit den Regierungen der Euroländer zeigen ihre Wirkung auch in der Schweiz. Die Erzählung „Die Schweiz hat die Krise gut weggesteckt, weil wir gutbürgerlich-soliden Politik machen“ verfängt, ebenso die Behauptung, linke Politik schade dem Mittelstand. Nationale „Lösungen“ finden stärkere Resonanz als soziale und demokratische. Dies ist so ausgeprägt der Fall, dass auch die Preisgabe des Franken-Mindestkurssatzes durch die SNB der SVP – die diese Preisgabe mit Applaus bedacht hat - nicht schaden konnte.

Insgesamt ist klar: Dieser Wahlausgang verändert die nationale Politlandschaft. Sowohl die neoliberale als auch die nationalkonservative Rechte wird versuchen, ihre ‚Wahldividende‘ einzulösen. Damit droht eines der zentralen Arrangements der letzten zehn Jahre auseinanderzufallen. Ankerpunkte dieses Arrangements sind die bilateralen Verträge mit der EU, die Flankierung der Personenfreizügigkeit mit Massnahmen gegen Lohndumping und die - wenn auch zähneknirschende – Anerkennung der Gewerkschaften und der Linken als legitime Stakeholder in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik durch den bürgerlichen Mainstream. Dieses Arrangement ist schon durch die knappe Annahme der Kontingenzierungsinitiative der SVP am 9.2.14 ins Wanken gekommen. Die Situation ist paradox, weil die pro-Bilateralen bürgerlichen Kräfte eigentlich auf einen Grundkonsens mit der Linken angewiesen wären. Gerade dies aber wird durch den Wahlausgang und durch die offensiv neoliberale Programmatik der FdP und eines Teils der ‚Mitteparteien‘ erschwert. Offensichtlich soll nun mit dem Vorschlag einer ‚notfalls‘ unilateral erlassenen ‚Schutzklausel‘ versucht werden, sich europapolitisch ohne Kompromisse mit der Linken durchzumasseln.

Man kann sich fragen, ob sich die Schweizer Gewerkschaften und die SPS allzu stark auf den Bestand des oben geschilderten Arrangements verlassen haben. So wird kritisiert, sie hätten die Personenfreizügigkeit zu wenig offensiv als Freiheitsrecht verteidigt. Dabei hätte die Linke gewarnt sein müssen, ist doch in den vergangenen Jahren immer wieder aufgeblitzt, wie sehr dieses Arrangement den Bürgerlichen eigentlich gegen den Strich geht. Typisches Indiz dafür: Als am 9.2. die MEI-Initiative eine knappe Mehrheit fand, war die erste Reaktion des FdP-Nationalrats Noser (von 2003 bis 2009 Vizepräsident der FdP) ein Twitter mit der Aussage, nun seien ja auch die flankierenden Massnahmen überflüssig.

Wir werden in den nächsten vier Jahren aller Voraussicht nach also mit verstärkten neoliberal konzipierten Abbauprojekten konfrontiert werden. Sollte die Unternehmenssteuerreform III und die parallel angeschobenen Unternehmenssteuersenkungen in den Kantonen das Plazet in den Abstimmungen finden, dann bedeutet dies einen jährlich wiederkehrenden Einbruch bei den Steuereinnahmen von bis zu 4 Mia Franken. Der Reigen der „Sparpakete“ wird dann nicht nur weitergeführt; er wird vermehrt die Substanz der öffentlichen Dienste tangieren. Der ständerätliche Vorschlag eines moderaten Ausbaus der AHV dürfte im Nationalrat keine Chance haben, die „Energiewende“ weitgehend zur Makulatur rückgestuft werden. Und auch in andern Bereichen – zum Beispiel in der Gesundheitsversorgung oder bei den Ergänzungsleistungen – dürfte verstärkt an Abbau- und Privatisierungsprojekten gearbeitet werden. Neugierig darf man in einem Punkt bleiben: Wie will das Bürgertum das Kunstwerk zustande bringen, einerseits die Bilateralen zu retten, aber andererseits auch einen verstärkten Sozialabbau zu betreiben?

### **Was bedeutet diese Konstellation für die Linke, und was fürs Denknetz?**

Die Linke wird verstärkt genötigt, reine Abwehrkämpfe zu führen. Das bindet erhebliche Kräfte. Doch es wäre auf Dauer lähmend und zersetzend, wenn es nicht gleichzeitig gelänge, parallel zu den Abwehrbemühungen die Konturen einer alternativen linken Politik wieder stärker zu verdeutlichen – stärker jedenfalls, als dies in den links-grünen Wahlkampagnen erkennbar war. Gerade wegen der latenten Differenzen zwischen National- und Ständerat hat am 18.10.15 im Grunde bereits der Wahlkampf 2019 eingesetzt. Je nach dem Verlauf internationaler Entwicklungen – Magreb und naher Osten, Eurokrise, neue Finanzmarktkrisen etc. – müssen wir uns aber auch auf längere Zyklen einstellen, in denen die Linke über die Bücher gehen muss, um als gesellschaftliche Kraft Bestand zu haben respektive zulegen zu können.

In diesem Mittel- und langfristigen Horizont kann das Denknetz wichtige Beiträge liefern und tut dies auch schon, etwa mit Reformkonzepten bei den Sozialversicherungen, in der Altersvorsorge, der Langzeitpflege und –betreuung oder der Steuer- und Verteilungspolitik. Ebenso wichtig ist die wirtschaftspolitische Kompetenz, die das Denknetz in den letzten Jahren erarbeitet hat und die sich in einer Reihe von konkreten Vorschlägen für eine andere, demokratische Wirtschaftspolitik niederschlägt. Solch alternative Reformkonzepte geben Rückhalt in grundlegenden Debatten, sie können als Bausteine einer mittelfristig orientierten linken Programmatik dienen, und sie können auch Abwehrkämpfe wirkungsvoll flankieren, weil sie über ein reines Nein zu Abbau- und Privatisierungsprojekten hinausweisen.

Ebenso wichtig ist es, emanzipatorische Narrative zu beleben und diese den marktradikalen und nationalistischen Narrativen entgegenzusetzen. Genau dies beabsichtigen wir mit dem breit angelegten Demokratie-Kongress („Reclaim Democracy“) mit seinen drei Schwerpunkten ‚Demos statt Ethnos‘, ‚Demokratie statt Kapitalismus‘ und ‚Demokratie *machen*‘. In die gleiche Richtung zielt die AG Grundrechte, der Fokus auf Migrations- und Identitätsfragen im Jahrbuch 2016 und weitere geplante Aktivitäten (z.B. zu den Grundwerten Freiheit und Solidarität). Nicht zuletzt sind wir bemüht, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung laufend zu analysieren, und gleichzeitig alternative gesellschaftliche Perspektiven immer wieder von neuem kritisch zu durchleuchten und verfügbar zu machen.